

TILITZKI, CHRISTIAN, *Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich* (2 Bände). Berlin: Akademie-Verlag 2002. 1475 S., ISBN 3-05-003647-8.

Der Verf. (= T.) versucht, mit der vorliegenden umfangreichen Untersuchung, mit der er im Sommersemester 1998/99 an der Freien Universität Berlin promoviert wurde, neue Wege zu beschreiten. Im Blick auf die bisherigen Arbeiten zur deutschen Universitätsphilosophie zwischen 1918 und 1945 formuliert er kritisch, die deutschen Philosophen in der Weimarer Zeit und danach seien in ihrer überwiegenden Mehrheit keine Radikaldemokraten und keine ethischen Universalisten gewesen, und sie seien auch weder westliche Rationalisten noch östliche Leninisten gewesen. Solche Einordnungen seien also allesamt fehl am Platze. Wenn man auf diese zurückgreife, dann sei das Erkenntnisinteresse offensichtlich von weltanschaulichen Interessen gespeist, und der historische Gegenstand erfülle in diesem Fall lediglich die Funktion, „ideologisierte Retrospektiven zu illustrieren“ (18). Was bisher an Arbeiten über den genannten Zeitraum vorliege, müsse man „als Philosophiegeschichte ohne Geschichte bezeichnen“ (ebd.).

Nach T. ist es kein Zufall, daß fast alle Autoren, die sich mit diesem Zeitraum bisher befaßten, „exemplarisch“ arbeiten und mit einem denkbar kleinen sample auskommen“ (ebd.). So schnurre etwa bei Fahrenbach die politische Philosophie der Weimarer Republik „auf bekannte Größen wie M. Weber, Jaspers, Litt, Scheler, Plessner, Tillich, Bloch und Lukács zusammen“ (ebd.). Lukács selbst genügten „ein gutes Dutzend ‚Repräsentanten‘“. Leske kündige zwar „eine ‚Auseinandersetzung‘ mit den ‚Dii minores, den kleineren Geistern der nazifaschistischen Philosophie““ (ebd.) an, weil sie der Meinung ist, daß politische Intentionen hier unvermittelt zu fassen sind, doch am Ende seien es im wesentlichen Baeumler, Kriek, Litt, Heidegger und Glockner, die sie ins Visier nimmt. Da das monographische Interesse sich entweder am geistigen Rang (Troeltsch, Heidegger), an ‚Vorbildern‘ (Kroner, Cassirer, Tillich, Hessen, Nelson) oder an ‚Schreckensmännern‘ (Baeumler, Freyer, Gehlen, Kriek) orientiere, sei man bei der breiten Masse der Philosophen dieses Zeitraums gezwungen, auf Glückwünsche, Nekrologe oder einen alten Gelehrten-Kürschner zurückzugreifen, um sich bio-bibliographisch notdürftig ins Bild zu setzen. Daß eine solche Kompilation von Sekundärquellen nicht als Grundlage institutionsgeschichtlicher Darstellungen taue, ist für T. freilich keine Frage.

T.s vordringliches Ziel ist die „Historisierung der jüngeren Philosophiegeschichte“ (32). Konkret setzt er an bei der Kommentierung national wie international bedeutsamer und bekannter Zeitereignisse durch publizistisch engagierte Philosophen. Wenn er diese Stellungnahmen zur Oktoberrevolution, zum Versailler Vertrag, zu den bildungspolitischen Querelen der Weimarer Zeit, zur nationalsozialistischen Machtergreifung oder zur deutschen Europapolitik thematisiert, dann geht es ihm darum, die Untersuchung fortzuschreiben, die Hermann Lübke zum Verhältnis von Politik und Philosophie am Beispiel der ‚Ideen von 1914‘ begonnen hat. Hatte Lübke dieses Verhältnis in einem zeitlich und thematisch begrenzten Rahmen untersuchen können, so bietet die Zwischenkriegszeit nach T. keinen vergleichbaren Abschnitt, in dem sich die politische Publizistik von Philosophen in ähnlicher Weise verdichtete. Zudem wiederholte sich 1939 die Kriegspublizistik der ‚Ideen von 1914‘ „nicht einmal in matten Imitaten“ (33). Da ein repräsentatives Thema fehlt, sieht sich T. gezwungen, die politische Orientierung der Universitätsphilosophen in ihrer ganzen Breite zum Untersuchungsgegenstand seiner Studie zu machen. Das bedingt zwar, wie er einräumt, eine starke Individualisierung, schützt aber auch vor „ideologisch induzierten Verkürzungen“ (ebd.). Konkret untersucht T. die politischen Verlautbarungen von fast 400 Philosophiedozenten, die im Untersuchungszeitraum an deutschen Hochschulen tätig waren. Andererseits möchte T. die politische Orientierung nicht bloß im Tagesschrifttum ermitteln, denn auch Fachpublikationen enthalten ihm zufolge „weltanschaulich-politisch relevante Aussagen, die oft den Standort des Autors deutlicher beleuchten als ein Allgemeinplätze bietender, von politischen Aktualitäten veranlaßter Presseartikel“ (ebd.). Konkret geht es ihm darum, „die Rückwirkung politischer Orientierungen auf das im Selbstverständnis der Philosophen noch weitgehend ungebrochen als ‚rein wissenschaftlich‘ begriffene, ‚system-

matische' ... Philosophieren ... im Spektrum praktischer Philosophie (Geschichts- und Kulturphilosophie, Staats- und Rechtsphilosophie, Ethik) aufzuzeigen" (ebd.). Beleg dafür, daß die deutsche Universitätsphilosophie von politischen Implikationen durchsetzt war, ist für T. das späidealistische Bewußtsein, es gelte die Philosophie als universelle Deutungsmacht zu bewahren und das politische Handeln auf die Herstellung einheitlicher konfliktfreier Verhältnisse mindestens im eigenen Volk, tendenziell aber innerhalb der ganzen Menschheit zu verpflichten, das in allen Lagern anzutreffen war und es den Vertretern der Universitätsphilosophie verunmöglichte, „aus Interessengegensätzen resultierende politische Prozesse in ihrer Eigenart überhaupt zu erfassen“ (34).

Ein weiteres Feld, das nach T. Aufschluß über die politische Orientierung der Philosophen verspricht, ist die Institutionsgeschichte, wozu er im einzelnen die Geschichte der Berufenen, die Nachwuchsförderung, das Prüfungswesen, die Beteiligung von Philosophen an akademischer Selbstverwaltung, ihre Aktivitäten im Vortragswesen innerhalb und außerhalb des akademischen Rahmens sowie ihre Mitarbeit an philosophischen Gesellschaften rechnet. T. betont, die Darstellung beider Bereiche, in denen sich das Engagement der Philosophiedozenten entfaltete – als politische Kommentatoren einerseits und als Hochschul- und Wissenschaftspolitiker andererseits –, verbinde das Prinzip, „Meinungen und Handlungen in höchstmöglicher Komplexität zu rekonstruieren“ (37). In seiner Darstellung geht er allerdings so voran, daß er für die Weimarer Republik und das Dritte Reich jeweils die Personal- und Berufungspolitik des Faches gesondert untersucht. Daran schließt sich jeweils eine thematisch gegliederte Untersuchung der politischen Publizistik in der Weimarer Republik und in der Zeit des Dritten Reiches an, die, wie bereits angedeutet, „über die aus aktuellen Anlässen entstandenen Texte hinaus auch die politisch-weltanschaulichen Wortmeldungen in den nach vorherrschendem Selbstverständnis ‚rein wissenschaftlichen Werken‘ berücksichtigt“ (38).

T. resümiert: Die Abkehr von der bislang geübten Praxis, Wissenschaftsgeschichte mit ideologisierten Konstrukten der jüngeren deutschen Geschichte kurzzuschließen, der fast drei Jahrzehnte umfassende Untersuchungszeitraum, die Ausdehnung auf sämtliche Universitäten und Hochschulen des Deutschen Reiches und die damit gegebene, föderal bedingte, nach 1933 im polykratisch geprägten Kompetenzkrieg perpetuierte hochschulpolitische Vielfalt sowie schließlich noch der schiere Umfang von einhundertundzwanzig Berufungs- und ebenso vielen Habilitationsverfahren, all dies schein *in summa* „gegen die Herausbildung stringenter ‚Thesen‘ zum Verhältnis von akademischer Philosophie und Politik zu sprechen“ (ebd.). Zur Vorsicht in der Beurteilung dieses Zeitraums mahne nicht nur die Tatsache, daß die wichtige Quellengruppe der Nachlässe weitgehend unberücksichtigt bleiben mußte, auch das in gut zwei Dutzend Universitäts- und Staatsarchiven erschlossene Material ist nach T. unterschiedlich aussagekräftig. Ebenso gäben auch die bis 1991 in Merseburg ausgelagerten Akten des Preußischen Kultusministeriums und jene der mitteldeutschen Hochschulverwaltungen „nicht in wünschenswertem Umfang Auskunft über die politischen Einflüsse und kulturpolitischen Motive, die in den Berufungsverfahren eine Rolle gespielt haben könnten“ (ebd.).

Gleichwohl geht T. im Sinne einer „vorsichtig dann doch zu wagenden Thesenbildung“ (ebd.) davon aus, daß bei aller föderalistischen Unübersichtlichkeit der deutschen Hochschulpolitik bis 1933 „eine gewisse berufpolitische Einheitlichkeit, bedingt durch eine relativ weltanschaulich homogene Erwartungshaltung dem Fach Philosophie gegenüber, nachgewiesen werden“ (38f.) kann. Mit ihr korrespondierte ihm zufolge „der vielgeschmähte, Affinitäten zu totalitären Utopien ausbildende Hang zur Verneinung moderner ‚Entzweigungen‘“, der die tagespolitischen Stellungnahmen ebenso strukturierte wie „die vermeintlich unpolitische fachphilosophische ‚Denkarbeit‘ der Zwischenkriegszeit“ (39) bis in die subtilsten erkenntnistheoretischen Reflexionen hinein. Nach 1933 sei dieser Hang dann „in einem nationalsozialistisch bestärkten, gleichfalls Personalpolitik wie politische Publizistik prägenden Anti-Universalismus weiterhin als konstitutives Element weltanschaulich-politischer Orientierung auszumachen“ (39).

T. hat in seiner Studie sicher eine Fülle von Material zusammengetragen, das ein differenziertes Bild der jüngeren deutschen Philosophiegeschichte ermöglicht. Viele Philoso-

phen aus der zweiten und dritten Reihe bekommen durch T.s Forschungen wieder ein Profil, aber auch über die philosophischen Anfänge einer Reihe von Philosophen, welche die deutsche Philosophie nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich geprägt haben, erfährt der Leser wichtige Details. Erhellend sind auch T.s Ausführungen über die Entstehung des Philosophen-Lexikons, das „Philosophische Jahrbuch“ als „katholische Gegenöffentlichkeit“ (1037), über die „katholische Kritik des Führerstaates“ (1087) oder über Gadammers Kriegsveröffentlichungen, um nur einige Beispiele zu nennen. Sehr holzschnittartig sind freilich T.s Ausführungen über das Verhältnis Heideggers zum Nationalsozialismus ausgefallen. Denn T. schlägt sich hier ganz auf die Seite der Heidegger-Apologeten und läßt an den von ihm herangezogenen Heidegger-Kritikern kein gutes Haar, weil er offensichtlich der Meinung ist, durch Ernst Nolte sei über den Fall Heidegger alles Wesentliche gesagt. Im Blick auf die Ausführungen D. Thomäs zur Frage ‚Heidegger und der Nationalsozialismus‘ im Heidegger-Jahrbuch kann man hier aber mit guten Gründen auch anderer Meinung sein.

Generell dürfte bei allen Meriten, die man T.s ungemein kundiger und gründlicher Untersuchung gewiß nicht absprechen kann, nach wie vor gelten, was Hans Friedrich Fulda zum Themenkomplex ‚Deutsche Philosophie und Nationalsozialismus‘ vor einigen Jahren zu bedenken gegeben hat. Es mag sein, so schreibt er in einem Zeitschriftenbeitrag, „daß sich die jüngste Wissenschaftlergeneration diesem Komplex mit weniger Befangenheit nähert als die Älteren und daß sich daraus die Möglichkeit entwickeln kann, allen wesentlichen Gesichtspunkten der Rekonstruktion, Betrachtung und Beurteilung in gebührender Weise Rechnung zu tragen. Trotzdem wäre es wohl verfrüht zu hoffen, daß dadurch in naher Zukunft unter allen, welche die nationalsozialistischen Verbrechen uningeschränkt verurteilen, auch eine einmütige Einschätzung der Rollen zustande kommen wird, welche deutsche Philosophen mit ihrem Denken für den Nationalsozialismus gespielt haben oder gar ein Konsens über die Frage, wie wir mit der Erinnerung daran umgehen sollten“ (DZPhil 47 [1999], 208). H.-L. OLLIG S. J.

SCHÖNHERR-MANN, HANS MARTIN, *Sartre. Philosophie als Lebensform*. München: Beck 2005. 174 S., ISBN 3-406-51138-4.

Die Philosophie Jean-Paul Sartres als Grundlage für eine Analyse des aktuellen Zustands unserer Gesellschaft zu wählen und sie gar als Leitfaden für die moderne „Lebensform“ stark zu machen, ist ein mutiges Unterfangen. Mutig nicht nur deshalb, weil die Analyse der Komplexität modernen Lebens und der Gesellschaft „des 21. Jahrhunderts“ einen jeden vor eine kaum mehr zu bewältigende Aufgabe stellt. Mutig auch deshalb, weil Sartres Philosophie spätestens seit den 70er Jahren abgedankt zu haben scheint. Zumindest haben weder seine auf dem Freiheitsbegriff beruhende Frühphilosophie noch seine späte Theorie, mittels derer er, angelehnt an Marx, die Mechanismen und Dynamiken einer entfremdenden Gesellschaft aufzudecken versucht, nachhaltig „Schule“ gemacht. Seine Freiheitstheorie schien vielen zu illusorisch, seine Gesellschaftstheorie zu wenig originell – zumal er für den Geschmack des damaligen philosophischen Mainstreams trotz seiner Zugeständnisse an gesellschaftliche Determinierung zu sehr an der Freiheit des einzelnen festhielt. Auch in seiner Spätphilosophie ließ er nicht ab von dem Glauben an den „Kapitän auf der Brücke“, vom Glauben daran, „daß verfügende Menschen entscheiden, nicht die anonyme Maschinerie“ (Adorno). Man darf also gespannt sein, wenn heute jemand – dazu ein Politikwissenschaftler – versucht, Sartre ‚wiederzubeleben‘ und seine Theorie für aktuelle Probleme fruchtbar zu machen.

Schönherr-Mann (= S.) versucht dies und entscheidet sich für Sartres Frühphilosophie als Grundlage. Das Buch hat eine Einleitung und sieben Kap., denen sich ein Nachwort anschließt. Letzteres befaßt sich mit der Frage, ob uns die Philosophie bei der Bewältigung unserer lebensweltlichen Probleme hilft. (Für Ungeduldige: Ja, sie helfe, nämlich dabei zu lernen, „daß [...] man das unvermeidbare Leiden nicht zu ernst nehmen darf“ [166 f.].) Dem Nachwort folgen die Anmerkungen, ein kleines Literaturverzeichnis und ein Personenregister.

In der Einleitung, *Zur Aktualität von Sartres Existentialismus: Eine Philosophie des Individuums für das 21. Jahrhundert*, und im gesamten Buch versucht der Autor zu zei-